526

Arbeiterstimme

Einzelnummer 10 Pfennig
In allen Zeitungshandlungen und in allen Kiosken erhältlich

Tageszeitung der KPD. / Sektion der Kommunistischen Internationale / Bezirk Ostsachsen

Beilagen: Der Rote Stern, Die Kommunistin, Der kommunistische Gewerkschafter, Der kommunistische Genossenschafter, Wirtschaftliche Rundschau, Kunst und Wissen

Bezugspreis für den Monat frei Haus 2 RM. (halbmonatlich 1 RM.); durch die Post bezogen monatlich 2 RM. (ohne Zustellungsgebühr) / Verlag: „Arbeiterstimme", Dresden-A., / Geschäftsstelle und Expedition: Güterbahnhofstr. 2 / Fernsprech-Sammelnummer 14191 / Postscheckkonto Dresden Nr. 13333, Emil Schlegel / Schriftleitung: Dresden-A., Güterbahnhofstr. 2 / Fernspr.: Amt Dresden Nr. 17 259 / Drahtanschrift: „Arbeiterstimme" Dresden / Sprechstunden der Redaktion: Wochentags 4—6 Uhr (außer Dienstag u. Donnerstag)

Anzeigenpreis: Die neunmal gespaltene Nonpareillezeile oder deren Raum 0,30 RM., für Familienanzeigen 0,20 RM., für die Reklamezeile anschließend an den dreigespaltenen Textteil 1,25 RM. Anzeigen-Annahme tags vorher bis 4 Uhr nachmittags in der Expedition Dresden-A., Güterbahnhofstraße 2 / Die „Arbeiterstimme" erscheint täglich außer an Sonn- und Feiertagen / In Fällen höherer Gewalt besteht kein Anspruch auf Lieferung der Zeitung oder auf Zurückzahlung des Bezugspreises

2. Jahrgang | Donnerstag, den 17. Juni 1926 | Nummer 138

Wahlbombe der Fürstendiener

Laßt euch nicht verwirren!

Der berühmte und berüchtigte günstige Wind brachte uns heute morgen die Mitteilung von einer groß angelegten Generation der sächsischen Fürstenknechte gegen den Volksentscheid. In einer bekannten großen Dresdner Druckerei wurden gestern im Auftrag der monarchistischen Kreise riesige Plakate hergestellt, die morgen in der Nacht vom 18. zum 19. Juni in ganz Sachsen als letzter Gegenstoß der Fürstendiener und als Mittel zur Verwirrung der Massen angeklebt werden sollen. Das Plakat hat folgenden Wortlaut:

Bekanntmachung

Durch Beschluß des Landtags

unter Zustimmung der Sozialdemokratischen Partei, der Deutschnationalen Volkspartei, der Deutschen Volkspartei und der Demokratischen Partei

ist die Auseinandersetzung mit dem ehemaligen sächsischen Königshause

gesetzlich geregelt worden (Sächs. Gesetzblatt 1924 Nr. 37 Seite 10. 371).

Die Abstimmung über die Frage der Fürstenenteignung erübrigt sich deshalb in Sachsen.

Eine Teilnahme am Volksentscheid wird damit unnötig.

Dresden, am 18. Juni 1926.

Neben diesem riesigen Plakat, das gestern abend versandt wurde und an alle Orte Sachsens zum Versand gebracht wurde, wurde noch eine riesige Anzahl anderes Material zur Kampagne gegen den Volksentscheid hergestellt und verschickt. Das Material, bestehend in Flugblättern und Klebezetteln, läßt deutlich die völkischen Kampfverbände als Urheber erkennen. Einer dieser gummierten Klebezettel hat folgenden Wortlaut: „Die große Judenzählung findet am 20. Juni statt. Deutsche bleiben zu Hause." Neben dem großen Plakat, dessen Wortlaut von uns oben abgedruckt ist, sind noch Klebestreifen mit gleichem Aufdruck in einer riesigen Auflagenziffer hergestellt worden. Es ist anzunehmen, daß diese Plakate in allen Orten Sachsens morgen Abend durch die örtlichen Organisationen der völkischen und monarchistischen Kreise angeklebt werden. Mit dem Plakat soll der Eindruck erweckt werden, daß eine Abstimmung am Volksentscheid in Sachsen nicht notwendig sei. Man spekuliert auf die Dummheit der Arbeiter. Die monarchistischen Kreise lassen kein Mittel unversucht, um die breiten Massen des Volkes zu verwirren und am 20. Juni von der Wahlurne fernzuhalten. Die letzten Tage werden mit allen Kräften ausgenutzt. Die gesamte bürgerliche Presse steht ihnen dabei zur Verfügung. Die „Leipziger Neuesten Nachrichten" veröffentlichen jetzt jeden Tag an der Spitze große Bilder, mit denen sie den kleinbürgerlichen Kreisen vor der drohenden „Verschleuderung des Privateigentums" Angst einzuflößen versuchen. Offen stellen sich auch die „Dresdner Neuesten Nachrichten", der „Dresdner Anzeiger" und die „Dresdner Nachrichten" in den Dienst der Fürstenknechte. Der Anzeiger veröffentlicht heute morgen eine Mitteilung der „Sächsischen Einzelhandelsgesellschaft", deren Geschäftsführer der bekannte demokratische Landtagsabgeordnete Prof. Dr. Kastner ist und in dem es heißt:

„Der Vorsitzende und der Geschäftsführer sind der Auffassung, daß eine Beteiligung des Sächsischen Einzelhandels am Volksentscheid ohne Rücksicht auf die dem Antrag zugrunde liegenden politischen Zusammenhänge, schon ausschließlich aus wirtschaftlichen Erwägungen wegen der sich ergebenden Folgerungen nicht in Frage kommen kann."

Mit dieser persönlichen Erklärung, die der „Demokrat" Kastner im „Dresdner Anzeiger" veröffentlicht, sollen die kleinen Geschäftsleute, die zum größten Teil der Einzelhandelsgesellschaft angeschlossen sind, von der Teilnahme an der Abstimmung ferngehalten werden.

Auch der Minister-Kollege des „Alten Sozialdemokraten" Heldt, der demokratische Finanzminister Dr. Dehne, ist offen in die Front der Fürstenknechte eingeschwenkt. Er veröffentlicht gestern in den „Dresdner Neuesten Nachrichten" einen Aufsatz, in dem er sich in scharfer Weise gegen den Volksentscheid ausspricht. Wir werden gelegentlich darauf noch zurückkommen. Dehne behauptet, „die entschädigungslose Enteignung des Privatvermögens der Fürsten stehe in offenbarem Widerspruch zur Verfassung von Weimar", und bedauert, daß der Parteivorstand der Demokratischen Partei sich nicht ganz offen und klar gegen den Volksentscheid ins Zeug gelegt hat.

Die konterrevolutionären Kreise konzentrieren in den letzten Tagen alle ihre Kräfte. Mit den ungeheuren Mitteln, die ihnen zur Verfügung stehen und zur Verfügung gestellt werden, wird eine großzügige Gegenaktion gegen den Volksentscheid durchgeführt. Die Gegenaktion wird bis zum Höhepunkt gesteigert. Stadt und Land werden mit ihrem verlogenen Material überschwemmt. Es ist anzunehmen, daß die von der Sozialdemokratischen und von der Kommunistischen Partei angeklebten Plakate mit diesem Material von den völkischen und monarchistischen Klebekolonnen in der letzten Nacht überklebt werden. Die Propaganda für den Volksentscheid soll zunichte gemacht werden. Dabei fühlen die Fürstenlakaien, daß ihre Parole: „Bleibt zu Hause," keine große Gefolgschaft findet. Deshalb versuchen sie jetzt die Wählermassen zu verwirren. Propagandatrupps fordern auf, das Kreuz in das Feld „Nein" zu machen. Zum anderen wird aufgefordert, in beide Felder ein Kreuz zu machen, damit der Stimmzettel ungültig werde. Deshalb:

Klärt die Wählermassen auf! Werbt unermüdlich! Durchkreuzt die Verwirrungsmanöver! Macht die Gegenaktion der Fürstenknechte zunichte!

Der Sieg muß am 20. Juni unser sein!

30 Millionen für Fürstenpropaganda

Unter der Ueberschrift „Neuer Bettelbrief nach Doorn" bringt die „Welt am Abend" in ihrer gestrigen Ausgabe folgende Meldung:

Berlin, 16. Juni. **Wie wir soeben erfahren, haben die Druckereien, die mit der Herstellung der Fürsten-Propagandaschriften des Herrn von Loebell und des Herrn von Berg beauftragt sind, sich geweigert, die Kredite weiter zu erhöhen und sofortige Bezahlung der zur Fortsetzung des Druckes zu verlangen.** Infolgedessen hat sich Herr v. Berg in einem dringenden Telegramm nach Doorn gewandt und um neue Vollmachten für die Verwendung von weiteren 5 Millionen Goldmark für den Agitationsfonds gegen den Volksentscheid gebeten.

Die erste Rate von 10 Millionen Mark ist also bereits verbraucht. Das ist kein Wunder angesichts der nach Hunderten von Millionen zählenden Broschüren, Flugblätter, Plakate, die aus den Propagandabureaus der Fürsten in die Masse geschleudert werden. Uns fliegen täglich 5 bis 6 neue Broschüren auf den Tisch. Es müssen ungeheure Gelder vergeudet worden sein. Da auch die Sammlung des Herrn v. Borsig bei den Industriellen [illegible] einen Betrag von 10 Millionen Mark ergeben haben [illegible]. Aus sonstigen Sammlungen und Unterstützungen sind [illegible] 10 Millionen zusammengekommen. Herr v. Berg [illegible] bereits 30 Millionen für Fürstenpropaganda investiert haben. Wieviel dabei nebenbei gegangen ist, das wird [illegible] erst nach dem Volksentscheid ans Tageslicht bringen.

Brecht den Terror!

Ein Aufruf des ADGB. und der gewerkschaftlichen Spitzenorganisationen zum Volksentscheid.

Berlin, 17. Juni. (Eig. Drahtmeldung.) Der Vorstand des ADGB. erläßt unter der Ueberschrift „Brecht den Terror" einen Aufruf an die deutsche Arbeiterschaft. In diesem weist er auf die zahlreichen Nachrichten hin, besonders vom Lande und in den Industriebezirken, daß ein erheblicher Terror ausgeübt wird, um die breiten Massen des Volkes von der Abstimmung abzuhalten. In dem Aufruf heißt es dann:

„Die Landarbeiter und Landarbeiterinnen sind ihrem Mehrheitswillen, beim Volksentscheid mit „Ja" zu stimmen. Der **terroristischen Ausnützung ihrer wirtschaftlichen Abhängigkeit muß daher mit äußerster Energie entgegengetreten werden. Die Arbeiterschaft aus der Industrie, dem Handel und dem Handwerk muß die Landarbeiter unterstützen. Die Arbeiter in den Städten und Industriebezirken müssen am 20. Juni entweder früh zeitig ihr Abstimmungsrecht ausüben, oder, wo es noch möglich ist, sich einen Stimmschein besorgen, um dann schleunigst auf das Land zu gehen zur Ueberwachung der Abstimmungslokale. Sie müssen sich sofort bei den Stellen melden, die die Wahlarbeiten, insbesondere die Ueberwachung auf dem Lande vorbereiten."**

Der Aufruf schließt mit der Aufforderung an die gesamte organisierte Arbeiterschaft Deutschlands, am kommenden Sonntag geschlossen für die entschädigungslose Enteignung der Fürsten ihre „Ja"-Stimme abzugeben.

Berlin, 17. Juni. (Eig. Drahtmeldung.) Der Berliner Ortsausschuß des ADGB., Afa. und AdB. fordern jeden gewerkschaftlich organisierten Arbeiter, Angestellten und Beamten auf zur Abstimmung zu gehen und für die Annahme des Gesetzes mit „Ja" zu stimmen. Ferner werden die Arbeiter aufgefordert, sich ihren politischen Organisationen zur Agitationsarbeit für den Volksentscheid am 20. Juni zur Verfügung zu stellen.

Auch der Ortsausschuß des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes erläßt einen Aufruf in gleichem Sinne. Ebenso veröffentlicht der Landesausschuß der Gewerkschaften Sachsens einen amtlichen Aufruf, den wir an anderer Stelle zum Abdruck bringen.

In roter Einheitsfront

Jena, 17. Juni. (Eig. Drahtmeldung.) In Kieselbach ist eine Vereinbarung zwischen der KPD., Gewerkschaftskartell und SPD. zustande gekommen, eine gemeinsame Versammlung mit einem kommunistischen Referenten zu veranstalten.

In Wurzbach findet am Sonnabend eine gemeinsame Kundgebung der KPD., SPD., Reichsbanner, RFB. und der Arbeiter-Turnvereine zum Volksentscheid statt, in der ein kommunistischer Redner spricht. Anschließend ist eine Demonstration geplant.

Greiz, 17. Juni. (Eig. Drahtmeldung.) Hier hat die KPD., SPD. und das Arbeiter-Sportkartell einen gemeinsamen Aufruf zum Volksentscheid herausgegeben.

In Suhl und Schönau ist auf Antrag der Kommunisten im Gemeindeparlament ein Aufruf an die Einwohnerschaft zur Arbeit für den Volksentscheid beschlossen worden.

Die sozialdemokratischen Führer und der Volksentscheid

„Wir haben eine Bewegung der Arbeitermassen nicht zu befürchten. Wenn sie über unsere Köpfe hinwegzugehen droht, stellen wir uns an ihre Spitze und biegen die Bewegung um, wie 1918." **Wels, August 1923.**

„Die sozialdemokratischen Führer schließen sich einem Kampf nur unter dem Druck der Arbeiterschaft an, um ihn später zu verraten." Aufruf d. ZK. d. KPD.

Die politische Haltung der Sozialdemokratie seit dem 4. August 1914 ist dadurch charakterisiert gewesen, daß sie sich immer auf den „Boden der Tatsachen" stellte. Wir fügen hinzu, daß der Boden der Tatsachen immer der Boden der Bourgeoisie gewesen ist, auch wenn es den Anschein hatte, als ob die Sozialdemokratie und ihre Führer in einem Kampf gegen die Bourgeoisie, gegen ihre politischen oder parlamentarischen Repräsentanten begriffen war.

Bis zum 9. November 1918 war bekanntlich der Boden der Tatsachen gut kaiserlich, infolgedessen die Sozialdemokratie auch. Da die Machthaber bekanntlich ungern etwas von Revolution und Klassenkampf hören, war sie rücksichtsvoll genug, solche anstößigen Dinge nicht zu erwähnen. So wird man die Erklärung des „Vorwärts" vom 3. April 1917 verständlich und verzeihlich finden:

„Sobald die Monarchie die Wünsche des Volkes erfüllt, ist aller republikanischen Agitation der Boden unter den Füßen weggezogen. Die Frage, ob Monarchie oder Republik, die würde dann noch viel weniger Diskussionsthema, als sie es jetzt schon ist, und alle Wahrscheinlichkeit spricht dafür, daß es so kommt. Wenn auch noch Schwierigkeiten zu überwinden sind, so werden sie — voraussichtlich sogar in kürzester Zeit — überwunden werden, ohne eine Spur von gewaltsamem Umsturz und ohne Sturz von Monarchie."

Der Boden der Tatsachen ist offenbar ein schwieriger Boden, ein Boden, der sich manchmal auch unversehens in eine Falltüre verwandelt. Die einfachen Arbeiter, die seit vier Jahren damit beschäftigt waren, die Versprechungen der Sozialdemokratie auf dem Felde der Ehre einzulösen, hatten diese Beschäftigung allmählich satt bekommen, marschierten nach Hause, jagten die großen und kleinen Landfürsten, soweit sie noch nicht abgetreten waren, zum Teufel. Und die Sozialdemokratie? Die stand noch immer auf dem Boden der kaiserlichen Tatsachen, und noch am 8. November 1918 konnte man in ihrer Presse folgendes lesen:

„Hätten wir zurzeit schon die Möglichkeit gesehen, Deutschland zu einer Republik umzugestalten, wir hätten keinen Augenblick gezögert, die republikanische Fahne zu entrollen und für sie in einem Kampf einzutreten. Aber diese Möglichkeit sahen wir bisher nicht und sehen sie auch heute noch nicht."

Das aber erfordert zunächst die Aufrechterhaltung der augenblicklichen Staatsform, der Monarchie."

Die Sozialdemokratie hatte eben ein wenig zu spät bemerkt, daß der Boden der Tatsachen sich in eine Falltüre verwandelt hatte. Aber man hat das Fallen gelernt, man fürchtet sich nicht vor einer Bewegung der Arbeitermassen, man stellt sich an die Spitze der Bewegung und biegt sie um. Wer erfahren will, wie sie es 1918/19 gemacht, der frage bei Wels-Scheidemann-Noske an.

Kaum, daß die Revolution im November 1918 ganz gegen den Willen der Sozialdemokratie ausgebrochen war, stellte sie sich an die Spitze der revolutionären Bewegung, als Schutz und Schirm für die Landesväter, mit denen sie bis zu dem Tage so ruhmreich zusammengelebt hatte. Daß die sozialdemokratischen Volksbeauftragten daher nur eine vorläufige Beschlagnahme zur Sicherung des fürstlichen Eigentums aussprachen, ist nur aus ihrer Liebe zu den angestammten Landesvätern zu erklären. Und wenn im Jahre 1920 Sozialdemokraten in Preußen einem Vergleich mit dem Hohen Königshause zustimmten, der den Hohenzollern fast ihren gesamten Besitz erhielt, so ist zweifellos nicht etwa die Sozialdemokratie schuld, daß es nicht dabei blieb, sondern der Kapp-Putsch, der das ruhige Gleichmaß der sozialdemokratischen Entwicklung ganz vorschriftswidrig unterbrach.

Inzwischen waren jedoch die großen Massen des Volkes noch ärmer und elender geworden. Ausgeplündert durch den Krieg, niedergeknüppelt in der Revolution, zum Hungern verurteilt von der Arbeitslosigkeit, war es den großen Massen des Volkes unverständlich geworden, warum sie hungern und leiden sollten, wenn die Republik den Fürsten, ihren alten Bedrückern und Peinigern, Reichtümer auf Reichtümer in die immer offen gehaltenen Hände schüttete. Und weil ihnen das nicht zu den Kriegszielen zu gehören schien, für die sie im Krieg und auch nachher geblutet hatten, erhoben sie durch den Mund der Kommunistischen Partei die Forderung auf entschädigungslose Enteignung der Fürsten.

Die Sozialdemokraten (Nörpel) aber antworteten ihnen auf diese Forderungen, indem sie sie für „Kohl" erklärten. Die Massen jedoch erwiderten, sowohl der Volksentscheid sei bisher ein Kohl gewesen, an dem die Fürsten sich satt gefressen haben, jetzt werde aber an diesem Kohle das ausgehungerte betrogene Volk sich sättigen. Daraufhin stellten sich die Sozialdemokraten an die Spitze der Bewegung. Und so kam das Volksbegehren; die 12½ Millionen Stimmen, die für die Kraft und Energie der Bewegung zeugten, erweckten bei der Sozialdemokratie nur einen Gedanken: Die ich rief, die Geister, werde ich nicht mehr los! Und wenn daher jetzt auch von Sozialdemokraten die zweifellos nicht ganz zwecklose Frage: „Volksentscheid — und was dann?" aufgeworfen wird, so bedeutet das, daß das Bewußtsein bis weit in die Kreise der sozialdemokratischen Führung wach geworden ist, es würde sich diesmal die Bewegung vielleicht nicht so leicht umbiegen lassen. Man wird nach einem siegreichen Volksentscheid nicht ohne weiteres wieder auf dem Boden der Tatsachen, der ja zweifellos der Boden des Regierungskampfes